

Saale-Beitung.

Einundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen

Die allgemeine Geschäftsbesorgung...

Die Halle monatlich... 1.10 Mk. ...

Nr. 93.

Halle, Sonnabend, den 24. Februar

1917.

Der neue 15 Milliarden-Kredit bewilligt.

Wilson schwankt noch.

T. U. Haag, 23. Februar. Das „Allgemeine Handelsblatt“ meldet aus Washington: Wilson schwankt noch.

E. B. Amsterdamer, 23. Febr. Größere Unruhen sind nach einer „Times“-Nachricht am Mittwoch abend in Philadelphia ausgebrochen.

T. U. Haag, 23. Februar. Die „Times“ melden aus Washington: Der Korrespondent der „New York Times“ erklärt die Regierung...

T. U. Rotterdam, 23. Februar. „Daily Telegraph“ berichtet aus New York: Es herrscht eine starke Strömung...

Lebensmittelkennung in New York.

Amsterdamer, 23. Februar. Der Bürgermeister von New York empfangt drei Gruppen von Frauen aus mehreren Vierteln der Mittlen Stadt.

Italien.

Ein italienisches Eingekindnis.

WTB. Bern, 23. Febr. Bezeichnend für die immer stärker werdende Unruhe in England über die Erfolge des U-Boot-Krieges ist eine Korrespondenz des Londoner Mitarbeiters des „Messaggero“...

WTB. Berlin, 23. Februar. Der Reichstag hat die angeforderten Kriegskredite von 15 Milliarden Mark in allen drei Lesungen gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft angenommen.

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht.

WTB. Wien, 23. Februar. Amtlich wird veröffentlicht: Deftlicher Kriegsausflug. Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Madalenen.

An mehreren Frontabschnitten erhöhter Gefechts- und Mienenmerksampf. Die Tätigkeit unserer Jagdkommandos war auch gestern erfolgreich.

Der amtliche deutsche Heeresbericht vom Abend.

WTB. Berlin, 23. Februar, abends. (Amtlich.) Vom Westen und Osten sind besondere Ereignisse nicht gemeldet worden.

Letzte Depeschen.

Der U-Boot-Krieg im Hauptausflug.

a. B. Berlin, 23. Februar. Bei den Beratungen des Haushaltungsausschusses ist auf Antrag des Führers der freisinnigen Volkspartei, Herrn von Finner, die Geheimhaltung...

U-Boot-Krieg und Devisen.

T. U. Budapest, 23. Februar. Der in der Sitzung des Generalrates der österreichisch-ungarischen Bank vorgelegte Bericht weist darauf hin...

Verhaftungen in Irland.

T. U. London, 23. Februar. In Dublin, Galway, Dimerick, Stibberren und anderen Teilen Irlands wurden insgesamt 32 Personen auf Grund des nationalen Vereinfachungsgesetzes verhaftet.

Einstellung der spanischen Mittelmeerflotte.

a. B. Genf, 23. Februar. Das „Journal des Debats“ meldet aus Barcelona, daß die Compagnie Trans-mediterranée, die 55 Dampfer besitzt...

„Messaggero“ zu dem Gebändnis genügt, die englische Blockade habe das erhoffte Ziel nicht erreicht.

Die Einführung von Lebensmittelkarten für die italienische Bevölkerung.

ift für die nächsten Tage in Aussicht genommen. Vom 1. März ab wird das Kommissariat der Soldaten auch für die gesamte übrige Bevölkerung gebildet.

Unser Kanzler als Vermittler des künftigen Friedens.

Von Dr. Mallesow - Halle.

Die Stellung unseres Kanzlers hat sich in letzter Zeit recht festigt. Die Stürme, die besonders im Sommer und Herbst 1916 gegen seine Person geblasen haben...

Selbst wenn man davon ausgehen will, daß Bethmann Hollweg von Natur nicht so groß wie seine ihm gestellte Aufgabe ist, so hat er doch zurecht vor jedem anderen Manne die Kenntnisse voraus...

Deutsches Reich.

Landessteuer in Oldenburg.

TU. Bremen, 23. Februar. Dem altenbunischen Landtage hat die Regierung am 23. Februar dem Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung einer außerordentlichen Landessteuer zugestimmt. Die die Absetzung der Landessteuer die Reichssteuerabgabe im allgemeinen in der Weise die Grundbesitzer, daß die erstere auf einen Teilbetrag der letzteren bemessen werde, und zwar für die Höhe der Landessteuersteuer 10 Prozent der Reichssteuerabgabe betragen. Damit beträgt die Gesamtbelastung durch direkte Landessteuer und Reichssteuer bei einem Kriegseinkommen von 10 000 Mark 15,30 Prozent, bei 100 000 Mark 42,45 Prozent und bei 2 Millionen 70,30 Prozent. Der Ertrag der Steuer soll zu besonderer Verwendung zurückgestellt werden und in erster Linie für die Deckung von Kriegsausgaben und die Linderung von Kriegsnot verwendet werden.

40 Jahre Reichstagsabgeordneter.

Berlin, 22. Febr. Aus parlamentarischen Kreisen schreibt man uns: Der Reichstagsabgeordnete v. Panger hat heute einen Rosenkranz auf seinen Reichstagsstuhl. Sein erster Eintritt in den Reichstag fand heute vor 40 Jahren statt.

Ausland.

Der wachsende Einfluss des russischen Metropolitens.

T. U. Krasn. 22. Februar. „Ausfolge Wiedontschin“ berichtet, daß der in russischen fortgeschrittenen Kreisen verhasste Metropolit Pitirin bei den russischen Hof- und Regierungskreisen mehr und mehr den Einfluss gewinnt, den früher der ermordete Rasputin hatte. Allgemein made es Aufsehen, daß der neu ernannte Kommunikationsminister Rjabinowitsch und der Außenminister Witte dem Metropolit täglich Besuche machen, und täglich Hof- und Staatswürdevollgeleit Pitirin Besuche ablaten. Auch der Minister des Innern, Protopopow, sieht unter dem Einfluss des Metropolitens.

Halle und Umgebung.

Zur Kohlenverjüngung.

Am 1. März der Verordnungs des Reichspräsidenten vom 15. d. Mts. können in der Woche vom 26. Februar bis 3. März auf die Kohlenmärkte mit dem Buchstaben „O“ je 1/2 Zentner Kohlen bei den Kleinhändlern bezogen werden. Die Händler der Kohlen haben, wenn es dem Händler an Vorrat mangelt, keinen Anspruch, den Wochenbedarf von 2 Zentner auf einmal zu verlangen.

Wer in keinem Zentner noch Vorräte für mehr als 1 Woche hat, ist im Augenblick nicht mehr Kohlen zu beziehen. Zusatzenbedingungen sind nach der eingangs erwähnten Verordnung freizulassen. Die Händler sind verpflichtet, nicht nur an ihre bisherigen Kunden, sondern, soweit der Vorrat reicht, an jede Person Kohlen gegen Kohlenmarken zu verabreichen. Zuwiderhandlungen unterliegen alsbald den genannten Strafbestimmungen.

Klein- und Großhändler haben die von ihnen genommene Kohlen- und Vorkosten- und Bestätigung. Die Klein- und Großhändler sind verpflichtet, auf dem bei Name und die Wohnung des Händlers und die Bezugsquelle zu vermerken ist, an das Nachbarnamt, Rathausstr. 6, Zimmer 10, 60, abzugeben. Die Kohlenmarken mit dem Buchstaben „K“ verlieren mit dem 25. d. Mts. ihre Gültigkeit. Am kommenden Montag müssen alle von den Klein- und Großhändlern mit dem Buchstaben „K“ versehenen Kohlenmarken bei der allgemeinen Verjüngung der Kohlenmarken, Lieferungen an Kraftanstalten, Behörden sowie alle Betriebe für Kohlenverjüngung vor allen anderen zu berücksichtigen; in weiterer Folge wird der Bedarf der Zubehörer der Kohlenmarken und zuletzt jener der oben nicht genannten Zubehörer von Bezugsquellen bedekt.

Halle, den 24. Februar 1917.

Der Magistrat.

In dem Wettbewerb um Baueinstufung für die neue Kirche der St. Georgen-Gemeinde, die von der Ludwigstraße angeht, hat den ersten Preis der bekannte Kirchenbauer Alfred Sasse in Hannover erhalten.

Vortragsabend. Auf den Montag, den 27. Februar, nämlich 40 Uhr im „Ritaland“ (Ritterstraße) stattfinden öffentlichen Vortrag des Herrn Konjunkturalisten Dr. v. von Rodden, Stößen, über den Neuaufbau der deutschen Familie und die darauf folgende Ausdrucksbeziehung besonders hervorgehoben. Die Organisationshalle der Volkshilfsvereine Vereinigung Sachsen-Anhalt, die diesen Abend veranstaltet, hofft hiermit auf einen sehr zahlreich besetzten Saal wie beim letzten Vortrag. Eintritt 10 Pf.

Frauenabend des Nationalen Frauenbundes. Die nächsten Frauenabend finden Montag, den 26. Februar, im Gemeindehaus Albrechtstr. 27 und Dienstag, den 27. Februar, in der Bergerstr. 10, Mauerstraße 7, um 8 Uhr statt. Es wird aus dem Leben unseres großen heldischen Kompositoren Georg Friedrich Händel erzählt werden, und Händel'sche ausgedehnte Töne werden sowohl durch Gesang als durch Spiel auf Cello und Hornmunde Proben aus seinen Werken vorführen. Zu diesem Frauenabend, zu dem, wie immer, der Eintritt frei ist, sind die Frauen und Mädchen unserer Stadt willkommen.

Die Krankepflege der ostpreussischen Kinderspitälern der Universität Halle während der Kriegszeit eine große Anzahl Schülerinnen ausgebildet. Bei der großen Zahl der Kranken sind Bewerberinnen aller Art, welche den Kliniken aus allen Teilen des Reichs zufließen, die in den Krankenhäusern vornehmlich Organisation der Anstalten und den auseinanderfallenden Betten und Hilfsmitteln, über welche sie verfügen, bietet sich den Schülerinnen eine sehr günstige Gelegenheit zur Erlernung des Berufes. Die Einweisung neuer Schülerinnen erfolgt am 1. April und 1. Oktober jedes Jahres durch den Direktor der Schule, Herrn Geh. Rat Prof. Dr. W. Schaller, in Halle. Die Aufnahme ist in der medizinischen Universitätsklinik bedingt. Der Unterricht erfolgt kostenlos, doch haben sich die Schülerinnen selbst zu verpflegen. Nach einjähriger Ausbildung kann, sofern die Schielerin das 20. Lebensjahr vollendet hat, die Zulassung zum Examen erfolgen. Die eintrittenden Schülerinnen werden aber nicht für eine bestimmte Zeit angetreten, sondern können nach kurzer Krankheitsdauer jederzeit austreten, wenn sie sich in einem anderen Krankenhaus befinden oder aus irgend einem anderen Grunde zurücktreten wollen. Die Damen, welche sich in der Krankepflege praktisch betätigen wollen, legen erneut auf das erfolgreiche Wirken des Institutes aufmerksam gemacht.

St. Moritzgemeinde. Der Gottesdienst findet bis auf weiteres in der Aula der Salzmühle statt.

Der Domgemeinde. Die städtische Volksschule, welche bis Sonntagabend 6 Uhr gehalten werden sollte, muß, da die Domkirche noch nicht benutzt werden kann, aufgeschoben werden. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Friedensnote einen Vorwurf bewusster Unwahrheit auszusprechen. (Zustimmung.) Unsere Feinde sprechen in ihren Antworten von den bewußten Agrarstellen Deutschlands und Oesterreichs. Haben wir in den 13 Jahren vor dem Kriege Ackerbau auf französisches oder russisches Gebiet gehabt? War es Oesterreich, oder war es Italien, das seine Grenzen an der Adria verließen wollte? War viel Oesterreich ohne jedes zu begründete Interesse bei der Gültigkeit des Verdes von Serajewo in die Arme? War hat seine ganze Armee zuerst mobilisiert und uns damit insofern mit dem Schicksal bedroht, das einem Zeit Olimprians durch die Rossaten zuziel gemorden ist. Es ist nicht unmöglich, immer wieder an diesen Sachverhalt zu erinnern. (Bravo.) Die neuen Steuervorlagen schlugen 1 250 000 000 neue Steuern für das nächste Jahr vor. Für später ist eine weitere Kriegsgewinnsteuer in Aussicht gestellt, und außerdem wird um die Bewilligung eines weiteren Kredits in der noch nicht das gemeinen Höhe von 15 Milliarden gebeten.

(Fortsetzung im Abendblatt.)

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 23. Februar.

Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Beratung der direkten Steuern fort.

Abg. Herold (Zentr.) Mit der Bewilligung der Steuerzuschläge müssen wir sehr vorsichtig sein. Eine Quotierung der Einkommensteuer würde eine Ermäßigung nicht herbeiführen. Unter Steuerreform muß organisch ausgebaut werden. Die Bevölkerung hat ein Interesse daran, mit den Veranlagungsbeamten in persönlicher Fühlung zu bleiben. Das ist der Landrat geeignet.

Das Kinderprivileg muß weiter ausgebaut werden. Bei der Steuerreform müssen auch die kommunalen Steuern berücksichtigt werden. Bei den Friedensbedingungen müssen wir einen großen Teil der Lasten auf die Feinde abwälzen.

Finanzminister Dr. Henke: Die Auffassung, als ob wir viele stille Reserven hätten, ist irrig. Viele kleine stille Reserven wurden durch die notwendigen Ausgaben aufgehoben. Die Erhebung der Steuerzuschläge hat sich als notwendig erwiesen.

Nach dem Kriege wird ein neues Steuergesetz vorgelegt werden müssen.

Während des Krieges können wir dieses aber nicht. Bei der Steuerreform kommen in Frage die Anforderungen des Reiches, der Kommunen und des Staates. Bevor darüber nicht ein klares Programm vorliegt, können wir nicht an einen organischen Aufbau unseres neuen Systems gehen. Auf die Quotierung der Einkommensteuer hat die Regierung nicht eingegangen. Sie würde eine Steigerung der Staatsausgaben zur Folge haben.

Abg. Hellmann (Zentr.) In der Steuerreform hat sich bewährt. Deshalb sollte man sich nicht immer zu neuen Änderungen treiben lassen. Wir waren stets für den Ausbau der direkten Steuern. Nach dem Kriege werden wir größter Arbeit und Sparmaßstab bedürfen, um unsere Volkswirtschaft wieder auf den Stand vor dem Kriege zu bringen.

Abg. Jäger (Soz.) Die ungenaue Masse der Steuerzuschläge hat von dem Kriege nur Rat und Abend. Die Kapitalisten und Junker haben an seiner Fortführung ein Interesse.

Wir protestieren gegen jede weitere Belastung der arbeitenden Klassen durch direkte oder indirekte Steuern. Der Etat wird genehmigt, ebenso ohne Debatte die Etats der

Staatsanwaltschaft und der Staatsanwaltschaft.

Es folgt der Etat der Seehandlung.

Abg. Weiskopf (Zentr.) Der Staat muß sich der Verwaltung des Vermögens in diesen Dingen unterfahren kleinen Leute annehmen, damit sie es nicht verlieren.

Finanzminister Dr. Henke: Beratungsstellen für die Ratgeber werden die Verantwortung für den Rat übernehmen und der Staat mußte dafür haften. Ich will die Sache prüfen.

Der Etat wird nach kurzer Erörterung genehmigt. Ohne Debatte erledigt wird der Etat der Zentralgenossenschaftskasse.

Es folgt der Etat des Finanzministeriums.

Ein Antrag Gärbringer (natl.) ersucht die Regierung, Schichten, die den Gemeinden u. Einwohnern der Norddeutschen Küste des Krieges entlaufend sind, als Kriegsschäden anzuerkennen und ihre gefährdete wirtschaftliche Lage schleunigst durch staatliche Beihilfen und Kosthanddarlehen zu erleichtern.

Finanzminister Dr. Henke: Bei den meisten Norddeutschen entfällt die Voraussetzung für die Einbeziehung in das Kriegsschadengesetz außer Geland, wo die Bevölkerung abgehoben wurde. Die Staatsregierung hat für die Norddeutschen mit sehr wesentlichem Erfolge eine Konjunkturalaktion eingeleitet, bezüglich der Offensivhändler kann die Regierung nicht eingreifen. Der Krieg hat überall Schädigungen hervorgerufen, auch in anderen Bundesorten. Wollten wir überall Hilfe leisten, so wären die Konjunkturalaktionen unannehmbar.

Abg. Kartzsch (Zentr.) Bittet, daß die Gemeinden bei rückständigen Steuern zu Zwangsversteigerungen gegenüber den Hausbesitzern greifen.

Abg. Rosenfeld (Folk.) Wir beantragen Streichung sämtlicher gegen uns gerichteter Titel aus dem Etat.

Abg. Kretschmer v. Walsleben (Kons.) beantragt, daß der Antrag Gärbringer auf die Nachbesserung ausgedehnt wird.

Abg. Bismarck (natl.) Sollenhaft werden die Diskontierungen nach dem Kriege bei entsprechendem Verhalten der Banken befristet.

Abg. Delfs (Kons.) beantragt den Antrag Kretschmer (Kons.), wonach die Teuerungszulagen für Kinder der Beamten nach einer mit der Zahl der Kinder steigenden Staffelung festgesetzt werden sollte. Wärenden sollen die Härten in der Bekleidungsverordnung und in der Invalidenversorgung ausgemildert werden.

Weiterberatung Sonnabend 11 Uhr. Außerdem Justizetat.

Vorbereitungen während nehmen. Der Oberbefehlshaber sollte nicht mehr seine abnehmende Ansicht den Generalstabschef mitteilen, sondern jede zuverläßigere Ansicht mit allen Mitteln verheimlichen. Auch der Reichsanwalt sollte sich seiner Verantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung des Rechts aufgeben — auch den militärischen Stellen gegenüber — stets bewußt sein.

Abg. Stadthagen (Soz. Arb.-Gem.) tritt nochmals für die Anträge seiner Fraktion ein.

Abg. Geißler (Ztr.) Das Schußpatrone muß Anwendung finden auf alle, die sich in Schußpatrone befinden oder eine Aufrechterhaltung erlitten haben. Daraus folgt auch, daß jeder den Grund seiner Schußpatrone zu erfahren ein Recht hat. Ich weiß, daß sich Personen über 30 Monate in Schußpatrone befinden.

Oberst v. Weisberg: Der betreffende Befehlshaber war der Ansicht, daß er im Operationsgebiet so zu handeln habe, wie er gehandelt hat. Ich habe angenommen, daß, wenn der Befehlshaber die entgegengesetzte Ansicht der obersten Stelle ergriff, ihr auch untergeordnet folgt. Seine Ansicht, die ihm vertrieben hat, wird er wohl und ganz mahnen. (Unruhe.)

Abg. Geißler (Ztr.): Wir verlangen, daß, wenn der Befehlshaber einen Befehl erhält, er nicht seine entgegengesetzte Ansicht dem entgegenstellt, sondern

daß der Befehl sofort vollzogen wird.

Auch der Bundesrat hat das Gesetz gemacht, und der Kaiser hat es sanktioniert. Wir müssen verlangen, daß die Gesetze sofort werden. Sonst ist ihnen gesetzgeberische Bedeutung illusorisch. Wir haben das Recht, daß uns zum mindesten später mitgeteilt wird, was mit den Schußpatronen geschehen ist, ob ihnen der Befehl gegeben ist. Wir wollen wissen, was mit einem Befehlshaber geschehen ist, der sich über kaiserliche Befehle hinwegsetzt. Das liegt im Reichsinteresse. (Bravo.)

Oberst v. Weisberg: Meines Wissens hat der Befehlshaber die Ansicht gehabt, bevor er die Rückfragen und Ansicht des Obersten Befehlshabers gefasst hat. Danach wird auch erfahren worden sein. Nebenfalls sind uns entgegengesetzte Vorwissenheiten nicht bekannt.

Abg. Graf v. Westphal: Der Reichstag hat seinen Anspruch darauf zu erfahren, was mit einem Befehlshaber geschehen ist, der sich einem Befehle widersetzt. (Lachen und Unruhe.) Das ist Sache des Kaisers und unterliegt nicht der Kontrolle des Reichstages. (Unruhe.) Zum Kaiser können wir volles Vertrauen haben.

Abg. Dr. Rebevor (Soz. Arb.-Gem.): Die Ausführungen des Abg. Grafen Westphal waren die Proklamierung des Militärabsolutismus. Wir müssen darauf achten, ob unsere Gesetze gewissenhaft ausgeführt werden.

Abg. Stadthagen (Soz.): Das Gesetz ist beschlossen worden zur Erfüllung himmelschreiender Bedürfnisse. Wir wollten die Wiederholung solcher, das deutsche Ansehen schädigenden Zustände verhindern. Da soll der Reichstag übersehen?

Staatssekretär Dr. Seiffertich: Die Ausführung dieses Gesetzes ist Sache der Kommandobehörde. Bei Beratung des Schußpatronegesetzes habe ich hier erklärt, daß das Gesetz noch durchgeführt werde. Dafür steht der Reichsanwalt ein. Die Eingeführte müssen erst nachprüfen werden. Aus der neuesten Zeit liegen Beschwerden nicht vor. Es liegen keine Gründe dafür vor, daß ein Befehlshaber gegen die Militärpatronen verstoßen habe. Das wäre im Frieden unentbehrlich gewesen, im Kriege erst recht.

Abg. Geißler (Ztr.): Uns ist nicht nur ein derartiger Fall bekannt, sondern drei in Mag., Straßburg und Saarbrücken. (Hört, hört.) Der Befehlshaber hat das Gesetz verlesen, und das ist die Hauptsache. Im Militärpatronegesetz sind Strafen für Angehörigen vorsehen. Wir ist ein Fall mitgeteilt worden, in dem sich ein Befehlshaber über ein Gesetz mit den Worten hinwegsetzt hat, das Gesetz geht mich nichts an, es steht bei meiner Anordnung. (Hört, hört.) Unsere Gesetze dürfen nicht auf dem Papier allein stehen; sie müssen ausgeführt werden.

Oberst v. Weisberg: Ich würde Ihnen dankbar, wenn Sie Einzelfälle zur Kenntnis bringen würden, dann können wir sie untersuchen.

Abg. Dose (F. W.): Staatssekretär Dr. Seiffertich meint, daß die ganze Debatte auf ein Mißverständnis zurückzuführen sei. Beim Militär ist es nicht Gepflogenheit, sich gegenseitig zu überzeugen. Die Anordnungen müssen einfach befolgt werden. In die Befugnisse der Obersten Seeresetzung wollen wir nicht eingreifen. Aber das verlangen wir vom Reichsanwalt, daß er dafür sorgt, daß die Gesetze ausgeführt werden.

Abg. Dr. Koeber (natl.): Das Gesetz sollte auf das Gewählte befohlen werden. Und sich darum zu kümmern, ist unsere Pflicht.

Abg. Rebevor (Soz. Arb.-Gem.): Dem Wunsche des Obersten v. Weisberg kann ich entsprechen. Der Abgeordnete Devoque hat seit 14 Monaten in Schußpatrone und hat bis heute auf alle seine Befehlsbefehle keine Antwort erhalten. (Hört, hört.) Der Befehlsgesand muß sofortigen befristet werden.

Oberst v. Weisberg: Ich hat nur um Material, um Nachprüfungen anstellen zu können. Auf diese Sache kann ich jetzt nicht eingehen.

Abg. Hauje (Folk.): Auch jetzt wird den Befehlungen des Obersten Befehlshabers nach nicht entgegen. Redner trägt den Fall eines eilfertigen Abgeordneten vor, der trotz aller Beschwerden sich immer noch in Haft befindet. Damit schließt die Debatte.

Die Vorlage wird in zweiter Lesung unter Ablehnung des Änderungsantrages angenommen, ebenso nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Stadthagen (S. A. G.) auch in dritter Lesung.

Es folgt die erste Beratung des Reichshaushaltsetats in Verbindung mit den neuen Steuervorlagen und den Kriegsetats.

Staatssekretär v. Rodern: Unser erstes Friedensangebot ist auf Ablehnung getroffen, die Vermittlungskommission von neutraler Seite an dem Willen unserer Gegner gescheitert. Die energische Abwehrung der deutschen und neutralen Küsten ist beantragt worden durch eine tatsächliche Sperrung der Unterseebootfahrzeuge, die erst dieser Krieg herausgeholt hat, und die es deshalb gefährliche Formen des Kaiserrechts nach nicht geben konnte. Seit der rechtswidrigen, unbeschränkten Anwendung dieser Waffen haben sich die englischen Minister in den letzten Wochen immer mehr mit uns befaßt, allen voran mein Spezialkollege Konar Lam. Ich will nicht dem englischen Schatzkanzler in die Sitten der homerischen Helden folgen, die sich während des Kampfes Schimpfwörter entgegenriefen, sondern möchte ich mit hartem Ausdruck für die noch englischen Ministerium mitgeteilt, wenn nicht inspirierte Beantwortung der amerikanischen

genedes
blungs
ast be
Deutlich
den
diplo
die Ge
Bilgig
n ge
n Mit
ntenn
ffizier
ht als
uar
ri d
1 Ang.
r. (Soz.)
üchtig
die
Dr.
(Gem.)
nilitä
Marzen
Krieges
voraus
geführt
berfähr
n, auch
ng, daß
hängig
Ein-
ragen,
r Fest-
r. (Soz.)
ist nicht
überer-
Burg-
ngten
h das er
irlich
Gesetz
gel an
n amon
An-
nehmen
u, wir
Mate-
auf ge-
prüft
legen-
fahnen.
sichlich
ist
sagen
ntom-
haber
ist be-
hritt.
enden
den.
errett,
u. 20
hnen
be be-
vor
eber-
nische
nder,
e er-
ne je
lung
han-
tens
nicht
hem
leich
Ste,
Wit
sen-
seher.
mit
es

